



## **Für eine würdige Neugestaltung des Gedenkortes zum KZ Oranienburg**

Stadtverordnetenversammlung 13. Januar 2020

Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke, B90/Die Grünen  
**A/0025/2019**

Beschlossen: 22 Ja, 10 Nein, 2 Enthaltungen

Sachdarstellung

Die ehemalige Polizeiwache in der Berliner Straße wird in den kommenden Jahren einem Internat für Polizeianwärter/innen weichen. Der Abriss des ehemaligen Reviers und der Neubau des Wohnheims sind ein dringender aktueller Anlass, sich auch mit dem Gedenken an das erste Konzentrationslager Preußens auseinanderzusetzen.

Die gegenwärtige Gestaltung des Ortes erfüllt weder die Ansprüche an einen modernen Gedenkort noch an einen informationsreichen Bildungsort. Gerade in Zeiten, in denen die gesellschaftliche Spaltung in Deutschland wieder zunimmt und die schreckliche Vergangenheit der Nazi-Diktatur, auch auf Grund des Sterbens der Zeitzeugengeneration, stärker verdrängt wird, ist eine solche Gestaltung wichtiger denn je.

### **Beschlussvorschlag**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, sich für eine würdige Weiterentwicklung des Gedenkortes zum KZ Oranienburg an der Berliner Straße 47 in Oranienburg einzusetzen. Hierzu ist umgehend der Kontakt mit den zuständigen Stellen des Landes Brandenburg sowie der Stiftung Brandenburgischen Gedenkstätten aufzunehmen.
2. Gemeinsam mit dem Land Brandenburg und der Stiftung Brandenburgischen Gedenkstätten soll ein Konzept entwickelt werden, wie der Gedenkort begleitend zum bald beginnenden Abriss des alten Polizeireviers und zum Aufbau des neuen Hochschulwohnheims umgestaltet werden kann.
3. Ziel der Umgestaltung des Gedenkortes ist die Schaffung eines modernen Ortes Erinnerungskultur, der Aufklärung über die düstere Vergangenheit sowie des Appells für eine freie und offene Demokratie.
4. Der Stadtverordnetenversammlung ist im zweiten Quartal 2020 Bericht über die Gespräche mit Land und Stiftung sowie erste Konzeptentwürfe zu erstatten.